

Leuenberger plant die Energie-Wende

Der Energieminister will das CO₂-Gesetz anpassen, um den Bau von vier Gaskraftwerken zu ermöglichen

Mit einem weitreichenden Massnahmenpaket soll der CO₂-Ausstoss der Schweiz um 35 Prozent gesenkt werden. Dies will Energieminister Moritz Leuenberger am Mittwoch dem Gesamtbundesrat vorschlagen.

Pascal Hollenstein

Bundesrat Moritz Leuenberger will die Schweizer Energiepolitik neu ausrichten. Gemäss einem Aussprachepapier zur «Energiestrategie Schweiz», das Leuenberger dem Bundesrat am Mittwoch vorlegen will, soll der CO₂-Ausstoss der Schweiz bis ins Jahr 2035 um 35 Prozent gesenkt werden. Mittelfristig schlägt Leuenberger vor, die CO₂-Abgabe durch eine «haushaltsneutrale Ökosteuerreform» abzulösen, «eine generelle Energielenkungsabgabe unter gleichzeitiger steuerlicher Entlastung der Arbeit». Die Gelder für Energieforschung sollen aufgestockt werden. Zudem soll die Schweizer Energie-Aussenpolitik an die EU «angekoppelt» werden, um «den Zugang zu den globalen Energiemärkten» sicherzustellen.

Zwei neue AKW

Im Bereich des Verkehrs plant Leuenberger, den Verbrauch von Benzin und Diesel um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 zu senken. Zu diesem Zweck sollen die Anstrengungen im öffentlichen Verkehr verstärkt, die Vereinbarung über die Verbrauchswerte mit den Autoimporteuren verschärft und eine Zulassungsbeschränkung für ineffiziente Fahrzeuge erlassen werden. Beim Heizen soll der Einsatz von Öl und Gas um 55 Prozent gesenkt wer-

den. Leuenberger schlägt hierzu die Wiedereinführung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung für Alt- und Neubauten vor sowie den Erlass strenger Energieverbrauchsvorgaben bei Neubauten und Sanierungen.

Besonderes Augenmerk schenkt Leuenberger in seinem Plan der Versorgung mit Strom. Mit der Ausweitung der Verbrauchskennzeichnung und obligatorischen Verbrauchsstandards für Geräte sowie verstärkter Konsumenteninformation will der Energieminister die Effizienz im Strom Einsatz jährlich um einen Prozentpunkt verbessern. Das Verbrauchswachstum bis ins Jahr 2035 soll damit auf 14 Prozent gedämpft werden.

Da sich damit laut dem Strategiepapier die sich abzeichnende Versorgungslücke aber nicht schliessen lässt, soll zunächst der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen vorangetrieben werden. Im Bereich grosser Wasserkraftwerke schlägt Leuenberger einen Ausbau um 7 Prozent vor, der unter anderem durch eine Flexibilisierung der Wasserzinsen für neue Anlagen erreicht werden soll. Bei den Energiequellen Sonne, Wind und Biomasse hält Leuenberger am vom Parlament verabschiedeten Ausbauziel von 5400 Gigawattstunden bis 2035 fest.

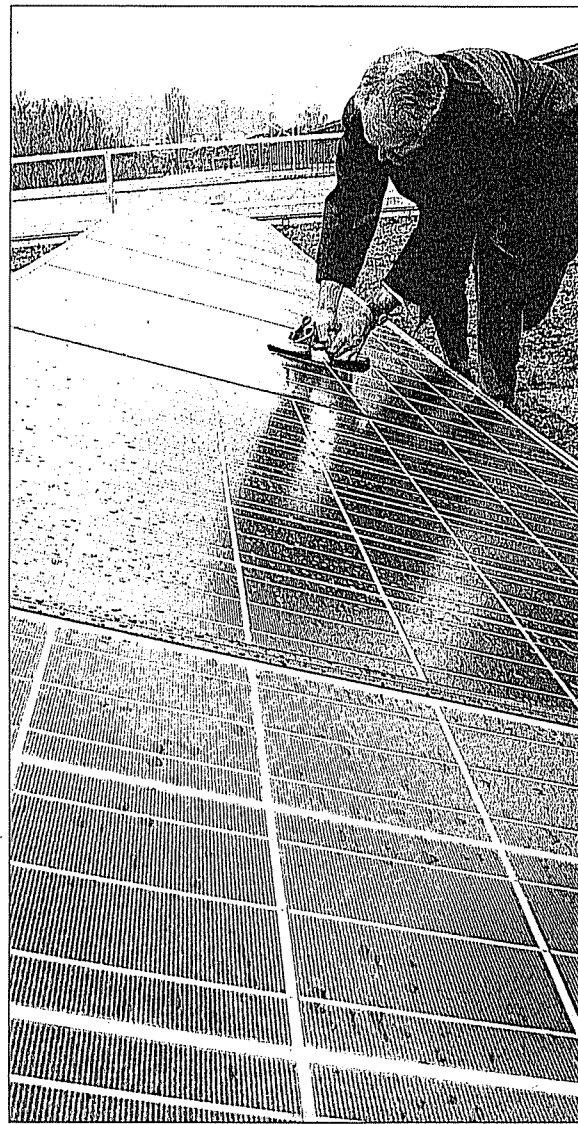
Auch dieser Ausbau reicht allerdings nicht aus, um die Versorgungslücke zu schliessen. Leuenberger schlägt deshalb vor, die bestehenden Atomkraftwerke weiterzubetreiben, «solange sie sicher sind». Dabei nennt er explizit auch das Atomkraftwerk Mühleberg, für das derzeit keine unbeschränkte Betriebsbewilligung vorliegt. Ab dem Jahr 2030 müsse die «Option für die Inbetriebnahme von maximal 3200 Megawatt Leistung aus neuen Kernkraftwerken» offengehalten werden, was zwei

Kraftwerken des Typs entspricht, wie er derzeit in Finnland im Bau ist. Im Strategiepapier verspricht Leuenberger die «rasche Durchführung der Bewilligungsverfahren für allfällige neue Kernkraftwerke».

CO₂-Kompromisse für Gas

Bis zur Inbetriebnahme neuer AKW will Leuenberger Gaskraftwerke einsetzen. Die Verschlechterung der CO₂-Bilanz der Schweiz sei «akzeptabel», wenn die Gas-Verstromung «ausschliesslich als Übergangstechnologie bis 2030» eingesetzt werde. Durch die Gaskraftwerke würde die bis 2035 angestrebte Reduktion der CO₂-Emissionen zwar von 35 auf nur noch 29 Prozent gesenkt. Den Betreibern von Gaskraftwerken will Leuenberger aber dennoch «vergleichbare Rahmenbedingungen gegenüber ihrer Konkurrenz im europäischen Ausland» gewähren.

In einem weiteren Aussprachepapier, das ebenfalls am Mittwoch im Bundesrat behandelt werden soll, konkretisiert Leuenberger seine Gas-Strategie. Der SP-Bundesrat geht davon aus, dass in der Schweiz vier grosse Gaskraftwerke gebaut werden müssen. Mit den Betreibern sollen Vereinbarungen zur CO₂-Kompensation ausgehandelt werden. Eine vollständige Kompensation, wie sie der Ständerat beschlossen hat, sei aber wirtschaftlich nicht verkraftbar, realistisch seien 60 bis 80 Prozent. Der Löwenanteil der CO₂-Kompensation – bis zu 70 Prozent – soll über CO₂-Zertifikate im Ausland erfolgen. Leuenberger drängt im Aussprachepapier dazu, der Bundesrat müsse seine Haltung zu Gaskraftwerken im ersten Quartal dieses Jahres festlegen und umgehend eine entsprechende Revision des CO₂-Gesetzes an die Hand nehmen.



«Haushaltsneutrale Ökosteuerreform»: Energieminister Leuenberger legt Hand an t
Aufbau einer Solarenergieanlage in Worblaufen im April 2006. (Stefan Wermuth)